

Von Philipp Hedemann

ADDIS ABEBA – Negasso Gidada zieht hektisch an seiner Zigarette. Der 66-Jährige sitzt auf einer dreckigen Holzbank in einem Bretterverschlag vor dem Kaliti-Gefängnis, dem berüchtigtsten in ganz Äthiopien. Im Staub zwischen seinen Füßen steht eine Plastiktüte mit Keksen und Saft für seine Parteiführerin Birtukan Mideksa. Hinter diesen Mauern sitzt seit 15 Monaten Afrikas wohl prominenteste politische Gefangene, es heißt, sie sei psychisch und körperlich gebrochen. Negasso, bis vor neun Jahren Präsident Äthiopiens, ist mit der gesamten Spitze seiner Partei gekommen, um sich selbst ein Bild von seiner Parteivorsitzenden zu machen.

Nach 45 Minuten und fünf Zigaretten springt Negasso plötzlich auf, als Gefängnisdirektor Abebe Zemichael aus dem Gebäude kommt. Negasso tritt ihm mit Siye Abraha, dem ehemaligen äthiopischen Verteidigungsminister, entgegen. Zemichael und Abraha kennen sich gut. 17 Jahre kämpften sie Seite an Seite in der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF), stürzten im Jahr 1991 den marxistischen Diktator Mengistu Haile Mariam. 19 Jahre später sind die einstigen Waffenbrüder erbitterte Feinde – der eine ein Gefolgsmann der Regierung, der andere einer ihrer schärfsten Kritiker. „Wir wollen Birtukan sehen, Abebe. Wir haben gehört, sie sei krank. Lass uns rein! Du weißt, die Verfassung ist auf unserer Seite.“ Abebe verschränkt die Arme vor der Brust, sagt „Nein“.

Je lauter der Streit zwischen den ehemaligen Kameraden wird, desto näher kommen die Wachsoldaten des Gefängnisses. Fünf Minuten später schließt sich das Tor wieder hinter dem Gefängniswärter. Die Oppositionspolitiker der „Einheit für Demokratie und Gerechtigkeit“ (UDJ) werden ihre Parteiführerin nicht zu Gesicht bekommen.

Am Sonntag wird in Äthiopien gewählt. Kritiker der Regierung von Premierminister Meles Zenawi vermuten, dass dies der Grund ist, warum Birtukan Mideksa im Gefängnis sitzt. Vor fünf Jahren, nach der letzten Wahl, hatte die Opposition die Regierung der Manipulation beschuldigt. In der Hauptstadt Addis Abeba kam es zu blutigen Straßenschlachten, mindestens 193 Demonstranten sowie sieben Polizisten und Soldaten starben. Birtukan wurde zusammen mit anderen Oppositionsführern des versuchten Regierungsumsturzes für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach 18 Monaten Gefängnis wurde sie begnadigt, Ende Dezember 2008 jedoch erneut eingesperrt – wieder lebenslanglich. Fünf Monate in Einzelhaft sollten die starke Frau brechen, erst dann wurde sie in eine Gemeinschaftszelle verlegt.

Nur ihre 74-jährige Mutter und ihre fünf Jahre alte Tochter Halle dürfen die alleinerziehende Mutter und ehemalige Richterin zwei Mal pro Woche eine halbe Stunde besuchen. Eine Wächterin passt genau auf, dass sie nur über Belanglosigkeiten sprechen. Neben Essen bringt Birtukans Mutter vor allem Bücher mit: Biografien von Gandhi, Barack Obama und Aung San Suu Kyi, der bekanntesten politischen Gefangenen Birmas, mit der Birtukan oft verglichen wird.

„Reicht es nicht, Mama? Wann kommst du endlich nach Hause?“, fragt Halle dann jedes Mal. Birtukan darf ihrem einzigen Kind da-

# Die gefährlichste Dissidentin Äthiopiens

Oppositionsführerin Birtukan Mideksa muss seit Jahren im Gefängnis schmoren – Deshalb wird der Autokrat Meles Zenawi die Wahl am Sonntag hoch gewinnen



Birtukan Mideksa darf nur von Mutter Almaz Gebregziabher und Tochter Halle im Gefängnis besucht werden

FOTO: PHILIPP HEDEMANN

rauf keine Antwort geben. Dafür sorgt die Wächterin. Die WELT traf Birtukans Mutter Almaz Gebregziabher und ihre Enkelin nach dem Besuch bei Birtukan. „Eigentlich darf ich gar nicht mit Ihnen sprechen. Die Gefängnisleitung hat es mir verboten. Aber ich muss die Wahrheit einfach erzählen“, sagt Almaz mit leiser Stimme. „Mein Kind hat nichts falsch gemacht. Sie ist unschuldig. Die Regierung hasst sie, weil sie das Gute und Richtige will. Die Regierung will das Gegenteil. Meine Tochter hatte keine Waffe, sie hat kein Verbrechen begangen. Ich möchte, dass die Welt weiß, dass hier Unrecht geschieht.“ Nur Gott wisse, wie lange dieses Unrechtsregime noch bestehen werde. Vor einigen Wochen sagte Birtukan ihrer Mutter, was diese schon seit Monaten wusste: Die lange Zeit im Gefängnis hat die unbeugsame Politikerin

körperlich und seelisch schwer krank gemacht. Als Birtukan ihrer Mutter unter Tränen davon erzählte, brach die Wächterin das Gespräch sofort ab. „Sie lassen sie noch nicht mal zum Gefängnisarzt gehen“, wirft Birtukans Mutter der Regierung vor.

Auch Ex-Präsident Negasso ist äußerst besorgt. „Birtukan soll ei-

nen Nervenzusammenbruch erlitten haben. Sie versuchte, die Scheiben im Gefängnis zu zertrümmern. Man holte sie aus ihrer Zelle und gab ihr eine Tablette. Danach war sie angeblich ruhig. Wir haben keine Ahnung was man ihr da gegeben hat. Obwohl sie täglich zwölf Schlaftabletten nehmen soll, kann sie scheinbar nicht schlafen. Wir

können noch nicht mal ausschließen, dass sie gefoltert wird.“

Premierminister Meles hingegen sagte auf einer Pressekonferenz im März, so weit er wisse, erfreue sich Birtukan bester Gesundheit. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International bezeichnet Birtukan Mideksa als politische Gefangene, aber davon lässt sich Zena-



## Riesiges Armenhaus im Osten Afrikas

■ Der Vielvölkerstaat Äthiopien, in dem mehr als 100 Ethnien leben, hat knapp 81 Millionen Einwohner und ist etwa drei Mal so groß wie Deutschland. Zwei Drittel der Bevölkerung sind Christen, knapp 34 Prozent Moslems. Das Land hat immer wieder mit Hungersnöten zu kämpfen, etwa die Hälfte der Bevölkerung ist unterernährt.

■ Als einzige afrikanische Nation war Äthiopien nie Kolonie, allerdings bis 1941 fünf Jahre durch das faschistische Italien besetzt.

■ Trotz eines Wirtschaftswachstums von elf Prozent ist Äthiopien mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 280 Dollar eines der ärmsten Länder der Welt.

■ Aus einem vier Jahre andauernden Krieg gegen das Nachbarland Eritrea ging Äthiopien im Jahr 2000 als Sieger hervor. Beide Länder werden verdächtigt, im naheliegenden Somalia eine Art „Stellvertreterkrieg“ zu führen und die verfeindeten Parteien im dortigen Bürgerkrieg zu unterstützen. *seb*

## Im Namen des Vaters, des Sohnes und Nordkoreas

Pjöngjangs Kriegsschrei ist auch nach innen gerichtet: Angriff auf Südkorea Kriegsschiff sollte die Elite zusammenschweißen und den Machtwechsel in der Führerfamilie befördern

Von Dietrich Alexander

BERLIN – Der US-Administration von Präsident Barack Obama wird sich schwerlich vorwerfen lassen, sie habe es nicht versucht. Sie habe nicht versucht, sich dem nordkoreanischen Regime auf diplomatischem Wege zu nähern. Hohe Washingtoner Emissäre, im vergangenen August kein Geringerer als Ex-Präsident Bill Clinton, weilten im „Reich der Finsternis“ und boten den Dialog an. Washington wollte damit zweierlei erreichen: das gefährliche Atomprogramm der stalinistischen Diktatur zumindest transparenter und kontrollierbarer zu machen und den international isolierten Paria-Staat wieder in die Staatengemeinschaft einzubinden.

Diktator Kim Jong-il aber wertete die diplomatische Offensive Obamas als Schwäche und schlug die ihm gereichte Hand aus. Entspannung, so scheint es, kann das Regime nicht gebrauchen. Die Suggestion des ständigen Kriegszustandes, der permanenten Bedrohung

dienen als innenpolitische Machtkrücken der Herrscherelite um den schwer kranken (Diabetes, Herzprobleme, Schlaganfall) Diktator Kim Jong-il und des Militärs.

Nordkorea betrachte „die derzeitige Situation als Kriegsphase“, hieß es am Freitag in einer Erklärung des (sic!) „Komitees für die Friedliche Wiedervereinigung Koreas“ – eine Organisation der herrschenden kommunistischen Arbeiterpartei. Vor acht Wochen, so geht es aus der erdrückenden Beweislast eines internationalen Expertenteams hervor, habe ein nordkoreanisches U-Boot die südkoreanische Korvette „Cheonan“ nahe der innerkoreanischen Seegrenze im Gelben Meer mit einem gezielten und heimtückischen Torpedoangriff versenkt. 46 Seeleute starben.

Womöglich war dies eine Vergeltung für den südkoreanischen Beschuss eines Schiffes aus dem Norden im November. Falls Südkorea nun seinerseits Vergeltung üben wolle, werde Nordkorea die Beziehungen komplett einfrieren und

den Nichtangriffspakt beider Länder annullieren, wurde das Komitee von den Staatsmedien zitiert. Zuvor hatte das Regime in Pjöngjang für den Fall von Vergeltungsaktionen mit „harten Maßnahmen bis zum totalen Krieg“ gedroht.

Das Kriegsschrei ist wohl vor dem Hintergrund eines Machtwechsels in dem maroden Staat zu sehen, und es soll offenbar nach dem Willen Kims eine dynastische Erbfolge geben. Er selbst wurde am 16. Februar 1941 in einem sowjetischen Ausbildungslager im Dorf Wjatskoje bei Chabarowsk geboren, wo seine Eltern während des Zweiten Weltkriegs Zuflucht vor den Japanern suchten. Die offizielle nordkoreanische Propaganda aber verlegte seine Geburt zeitlich in das Jahr 1942 und örtlich auf den beiden koreanischen Bruderstaaten heiligen Berg Paektu. Der „Geliebte Führer“ hatte die Macht von seinem Vater, dem „Ewigen Präsidenten“ Kim Il-sung, nach dessen Tod 1994 übernommen. Nun will er den althergebrachten in Nordkorea gepflegten

Personenkult um die Familie Kim weitervererben an den jüngsten seiner drei Söhne, den 28-jährigen Kim Jong-un. Das durchzusetzen, offenbar gegen große regimeinterne Widerstände, scheint sein letztes großes Ziel zu sein. Militärische Muskelspiele gelten als Rahmenwerk, um den nach westlichen Diplomatenangaben keineswegs monolithischen Machtapparat in Pjöngjang zusammenzuschweißen.

Nordkorea ist wieder auf dem Weg, zu einem sicherheitspolitischen Problem zu werden, und sein einziger Mentor China ist mehr als

bisher als ehrlicher Makler gefragt. Südkoreas Präsident Lee Myung-bak steht innenpolitisch sehr unter Druck. Von ihm wird eine harte Reaktion angesichts der 46 getöteten Seeleute erwartet. Er berief seinen Sicherheitsrat in Seoul ein, der sich für eine „umsichtige Antwort“ aussprach. Solange Südkorea sein „Pulver trocken“ halte und sich nicht zum Waffengebrauch provozieren lasse, drohe auf der Halbinsel kein Krieg, so heißt es.

Dennoch verschärften die USA ihre Tonalage deutlich. Der Angriff auf die Kriegskorvette „Cheonan“



Diese buddhistischen Novizen kümmert die Krise nicht. Sie beten in Seoul für Frieden und Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel

wi nicht beeindrucken: „Manche in den USA und anderswo möchten, dass Birtukan anders als gewöhnliche Häftlinge behandelt wird, weil sie die Botschaft übermitteln wollen, dass diejenigen, die Freunde an den richtigen Stellen haben, immun gegen die äthiopische Strafverfolgung sind. Aber wir werden sie ihr Leben lang einsperren, um das Gegenteil zu beweisen.“

Genau das befürchtet Negasso. „Birtukan ist jung, klug und charismatisch. Sie könnte Zenawis Wiederwahl gefährden. Darum will er sie einsperren, bis sie tot oder so gebrochen ist, dass sie für unsere Partei nicht mehr zu gebrauchen ist. Er wendet die gleichen Methoden an, wie einst das Unrechtsregime in der Sowjetunion.“ Auch die amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wirft der äthiopischen Regierung vor, dass sie die Opposition unterdrücke, ihre Sympathisanten einschüchtere und ihnen sogar wichtigen Dünger vorenthalte. Informationsminister Bekeret Simon bezeichnet den Bericht hingegen als haltlos. „Das ist eine bewusste Verdrehung der Tatsachen durch Human Rights Watch – natürlich wird die Wahl frei und fair ablaufen“, sagt Simon der WELT.

Doch eingeschränkte Pressefreiheit, ein Anti-Terror-Gesetz, das die bürgerlichen Freiheitsrechte drastisch einschränkt, und strenge Auflagen für Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich in Äthiopien für Demokratisierung und Menschenrechte starkmachen, werfen einen Schatten auf die Wahl. Und selbst wenn die Abstimmung frei und fair ablaufen sollte, wird sich an den politischen Verhältnissen in Äthiopien wohl nicht viel ändern. Experten erwarten einen Erdrutschsieg für Meles Zenawis Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker (EPRDF).

Ein in Addis Abeba arbeitender Demokratie-Experte, der auf Grund des verschärften NGO-Gesetzes nicht namentlich genannt werden möchte geht davon aus, dass die Regierungskoalition eine sehr komfortable Mehrheit erzielen wird. „Erstens verläuft die Wahl schon im Vorfeld bei eingeschränkter Pressefreiheit nur bedingt frei und fair. Zweitens ist es der Regierung gelungen, die Opposition als einen Haufen untereinander zerstrittener Parteien darzustellen, der das Land bei einem Machtwechsel ins Chaos stürzen würde.“

Egal, wie die Wahl am Sonntag ausgehen wird, Negasso und seine Parteifreunde werden weiterhin jedes Wochenende zum Kaliti-Gefängnis fahren. Sie werden im Bretterverschlag warten, Zigaretten rauchen, und vermutlich jedes Mal nach einem Streit mit dem Gefängnischef wieder nach Hause fahren. Ohne ihre Parteiführerin gesehen zu haben. Denn Zenawi hatte schon im vergangenen Jahr klar gestellt: Birtukan ist für ihn ein „toter Fall“. Egal, wie die Wahl ausgeht.

## AUSLAND

THAILAND

### Regierungschef will versöhnen

Zwei Tage nach der Militäroffensive gegen Regierungsgegner in Bangkok setzt der Premier Abhisit Vejjajiva auf Versöhnung. Sämtliche Vorgänge seit Beginn der teilweise blutigen Proteste Mitte März einschließlich der Rolle der Sicherheitskräfte würden unabhängig untersucht und transparent gemacht, sagte Abhisit am Freitag in einer Fernsehansprache. In der ausgebrannten Ruine des Central-World-Einkaufszentrums wurden zehn Leichen entdeckt. Frustrierte Rothemden hatten das Gebäude aus Protest gegen die Militäraktion in Brand gesteckt. *dpa*

RUSSLAND

### Staatsanwalt ermordet

In der russischen Kaukasusrepublik Kabardino-Balkarien ist ein hochrangiger russischer Ermittler erschossen worden. Zwei Unbekannte hätten auf den stellvertretenden Staatsanwalt des Bezirks Baksan mehrere Schüsse abgegeben, teilte die Ermittlungsbehörde mit. Kabardino-Balkarien liegt westlich der Unruhe-regionen Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien, in denen die Behörden gegen ein Erstarken islamischer Extremisten kämpfen. *AFP*

ARGENTINIEN

### Ureinwohner fordern Rechte

In Argentinien haben 20 000 Menschen für mehr Rechte der Ureinwohner demonstriert. Anlass waren die bevorstehenden 200-Jahr-Feiern Argentinien, mit denen an den Beginn der Kämpfe gegen die Kolonialmacht Spanien erinnert wird. Die Demonstranten forderten, Argentinien zum Vielvölkerstaat zu erklären, der das Recht der Ureinwohner auf ihr angestammtes Land und ihre Kulturen respektiert. Zudem solle ein Feiertag, der als „Tag der Rasse“ an die sogenannte Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus 1492 erinnert, gestrichen werden. *epd*

SPANIEN

### 1040 Jahre Haft für Eta-Terror

Rund dreieinhalb Jahre nach einem Bombenanschlag der baskischen Untergrundorganisation Eta auf den Madrider Flughafen sind die drei Attentäter zu je 1040 Jahren Haft verurteilt worden. Die Terroristen seien besonders heimtückisch vorgegangen, befand der Nationale Gerichtshof in Madrid. Die Eta hatte am 30. Dezember 2006 eine Autobombe mit mehreren Hundert Kilogramm Sprengstoff in einem der Parkhäuser des neuen T4-Terminals gezündet. Zwei Menschen starben, 48 weitere wurden verletzt. Der Sachschaden betrug fast 27 Millionen Euro. *dpa*

TÜRKEI

### Erdogan kämpft um Iran-Dialog

Angesichts erheblicher Skepsis im Westen wirbt der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan um Unterstützung für die von seinem Land ausgehandelte Atomvereinbarung mit dem Iran. Erdogan sprach bereits mit US-Präsident Barack Obama und dem russischen Regierungschef Wladimir Putin. Er will noch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon treffen und plant auch Telefonate mit den Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und China. Anfang der Woche hatten der UN-Sicherheitsrat und Deutschland neue Sanktionen gegen den Iran wegen seines unstrittenen Atomprogramms beschlossen. *AFP*